



AUTOR



PD Dr. Michael Bräuninger

Leiter des Kompetenzbereiches „Wirtschaftliche Trends“ im HWWI

Tel: 040 - 34 05 76 - 330

FISKALPOLITIK

Die Rückkehr der Fiskalpolitik

Durch die Finanzkrise ist in der Realwirtschaft das Vertrauen in den Finanzsektor und auch in die Konjunktur geschwunden. Damit gehen Konsum und Investitionen zurück. Als Folge dieser Entwicklungen steht die Weltwirtschaft am Rand einer tiefen Rezession. In dieser Situation stellt sich die Frage, welche wirtschaftspolitischen Maßnahmen dazu beitragen können, die Rezession möglichst schnell zu überwinden. Tatsächlich liegt hier eine Situation vor, in der die Fiskalpolitik aktiv werden muss. Fiskalpolitik in Form von kurzfristigen Konjunkturprogrammen ist seit den Siebzigerjahren stark in Verruf geraten und wird seither häufig als unwirksam abqualifiziert. Allerdings war die Situation in den Siebziger- und Achtzigerjahren eine völlig andere als heute. Damals gingen die Schocks von steigenden Preisen aus. Auslöser waren die Ölpreise. Vielfach verstärkt wurden deren Effekte durch eine aggressive Lohnpolitik. Auch im letzten Jahr sind die Ölpreise deutlich gestiegen. Aber im Zuge der Finanzmarktkrise und der konjunkturellen Abkühlung ist es zu deutlichen Korrekturen nach unten gekommen, sodass es von der Kostenseite Entlastungen gab. Auch die Lohnpolitik ist bisher nicht so expansiv. Insofern entsteht von dieser Seite kein übermäßiger Kostendruck. Die derzeitige Krise ist also weniger durch die Angebotsseite bedingt, sondern Resultat einer großen Verunsicherung und einer zurückhaltenden Nachfrage.

Welche Fiskalpolitik könnte die Erwartungen und die Nachfrage stabilisieren? Sicher ist, dass eine deutsche Fiskalpolitik allein die Weltrezession nicht abwenden

kann. Es kommt auf eine internationale Koordination an, wie wir sie in der Geldpolitik gerade erlebt haben. Notwendig ist die Koordination in der EU und insbesondere in der Euro-Zone. Da die Länder der Euro-Zone wirtschaftlich sehr eng miteinander verflochten sind, führen die Nachfrage stimulierende Maßnahmen in einem Land zu Streueffekten, das heißt, die Produktionssteigerung findet nicht nur im eigenen, sondern vor allem in den umliegenden Ländern statt. In dieser Situation besteht die Gefahr, dass jedes der Euro-Länder auf eine aktive Fiskalpolitik in den umliegenden Ländern wartet und selbst nichts unternimmt. Dies gilt umso mehr, als die Euro-Länder durch die Maastrichtverträge gebunden und deshalb in ihrer Defizitaufnahme begrenzt sind.

Eine Maßnahme der Koordination bestünde also zunächst darin, für die nächsten zwei Jahre die Defizitgrenzen des Maastrichtvertrags außer Kraft zu setzen. Es muss lediglich vorab anerkannt werden, dass eine besondere konjunkturelle Lage vorliegt, die zu einem Überschreiten der Grenzwerte berechtigt.

Zudem wäre es sinnvoll, innerhalb der Euro-Zone fiskalpolitische Maßnahmen zur Stimulierung der Konjunktur zu vereinbaren. So sollte jeder Staat einen positiven fiskalischen Impuls in Höhe von einem Prozent des Bruttoinlandsprodukts generieren. Das entspräche einem fiskalischen Impuls von etwa 90 Milliarden Euro, von dem Deutschland etwa 25 Milliarden zu tragen hätte. Dies entspricht den derzeitigen Plänen der Bundesregierung. Da die Staaten

des Euro-Raums sowohl bezüglich ihrer Einnahmen- als auch bezüglich ihrer Ausgabenstruktur heterogen sind, muss die Form der fiskalischen Maßnahmen in den Staaten unterschiedlich sein.

Welche Fiskalpolitik ist nun für Deutschland notwendig? Strukturell hatte Deutschland zuletzt einen gesamtstaatlich ausgeglichenen Haushalt.

Damit automatische Stabilisatoren wirken können, müssen in der konjunkturellen Krise Defizite hingenommen wer-

den. Darüber hinaus sind konjunkturelle Impulse zu setzen. Dazu steht die staatliche Einnahmenseite ebenso wie die Ausgabenseite zur Verfügung. Wesentlich ist, dass die Maßnahmen kurzfristig Wirkung entfachen und zugleich langfristig tragbar sind.

Auf der Aufgabenseite bietet es sich an, geplante Infrastrukturmaßnahmen vorzuziehen. Außerdem könnten umweltpolitische Maßnahmen oder Förderungen vorgezogen werden. Es sollten dabei keine Ausgaben getätigt werden, die nicht ohne-

hin notwendig wären, da andernfalls konjunkturelle Impulse zu strukturellen Verzerrungen führen würden. Auf Seite der Steuern könnte durch eine Erhöhung des Grundfreibetrags ein Teil der kalten Progression, die durch die Preissteigerungen der letzten Jahre entstanden ist, rückgängig gemacht werden. Dies würde schon kurzfristig zu steigenden Nettoeinkommen und Ausgaben führen.

Dieser Beitrag ist am 3. November 2008 in „Die Welt“ erschienen.